

Wittgensteiner Zeitung

Ämtlicher Anzeiger der Stadt Laasphe,
der Aemter Wittgenstein, Banse und Erndtebrück

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Bei Anzeigen wird die einseitige
Zeile oder deren Raum mit 30 Hg.
berechnet. Reklamezeile 70 Hg. Bei
Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Girokonto Kreissparkasse Laasphe Nr. 89
Postfachkonto Cohn 404 49

Nummer 96

Laasphe, Donnerstag den 11. September 1919

44. Jahrgang

Ämtliches.

Der am 8. September versammelte Kreisrat hat den Kreis-
Ausschuß ermächtigt, notleidende Kriegsgefangene des Kreises zu
unterstützen und für diesen Zweck Mk. 5000.— zur Verfügung gestellt.
Verleburg, den 8. September 1919.

Der Landrat. Dr. Kretschmar.

Die französischen Milliarden- forderungen.

Deutschlands finanzielle Verpflichtungen.

Über die bedeutsame Rolle des französischen
Finanzministers Klotz zur Aufzierung des Frie-
densvertrages liegt jetzt ein ausführlicher Bericht vor,
dem wir folgende wichtige Angaben entnehmen:

Die gesamten Kriegskosten aller am Kriege
beteiligten Länder schätzt der Minister auf 1000 Mil-
liarden; auf Frankreich entfielen 145 „Milliarden, auf
England und seine Kolonien 180, auf Amerika 114,
auf Rußland 91, auf Italien 58, auf Belgien, Rumä-
nien und Serbien 42, auf Deutschland 231, auf Oester-
reich-Ungarn 90 und auf die Türkei und Bulgarien
49 Milliarden.

In diesen Ziffern seien weder die Militärpen-
sionen noch die Wiedergutmachungen inbegriffen, die
der Friedensvertrag festsetzt. Auf 670 Milliarden Fr.
belaufen sich also die Kriegskosten der Gegner Deutsch-
lands. Wenn man dies zur Grundlage annimmt, dann
beträge für eine Periode von fünfzig Jahren
bei fünf Prozent Zinsen die Summe, die Deutschland
zu zahlen hätte, 1904½ Milliarden; berechne man
die Summe aller unter gleichen Umständen auf eine
Periode von hundert Jahren, so komme man zum
Ergebnis von 3550 Milliarden. Rechnet man die Ent-
schädigung und die zu zahlenden Pensionen zu, dann
ergebe sich die Summe von 4500 Milliarden.

Das seien natürlich unbezahlbare Summen, und
deshalb habe die französische Regierung vor allem
Wert darauf gelegt, die Wiedergutmachung aller Schä-
den an Gütern und Menschen zu erlangen. Die Zahl
aber habe man nicht festsetzen können, denn man
wisse ja nicht, in welcher wirtschaftlichen Lage sich
Deutschland in einigen Jahren befinden werde. Die
Frage des Vorzugsrechtes der französischen Schuld
sei noch nicht geregelt. Jedoch sichere der Vertrag
Frankreich Kohlen und gewisse Rohmaterialien. In
einem Zeitraum von zwei Jahren werde Frankreich
einen noch zu bestimmenden Anteil von der Summe
von 20 Milliarden Goldm. erhalten, einen weite-
ren noch zu bestimmenden Anteil auf Schatzscheine
im Werte von 40 Milliarden Goldmark, und einen

dritten noch zu bestimmenden Anteil auf die deutsche
Handelsschiffahrt und auf deutsche Farben. Während
zehn Jahren erhalte Frankreich jedes Jahr 7 Mil-
lionen Tonnen Kohlen, die Rückerstattung der Okupa-
tionskosten, das Recht, sich einen Teil der deutschen
Zutreffen in Rußland zusprechen zu lassen, sowie
hauptsächlich die Zahlung der Vorkriegsschulden nach
der Kaluta vor dem Krieg und endlich die Aufrecht-
erhaltung aller Verträge, die für Frankreich von Nutzen
sein können.

Dazu komme, daß Elsass-Lothringen schul-
denlos an Frankreich zurückfalle, daß Frankreich
das Recht habe, alle deutschen Werte in Ma-
rokkos zu liquidieren, daß die Anteile Deutschlands
an der Bank von Marokko auf Frankreich übergingen,
und daß endlich ein Teil der deutschen Koloni-
en schuldenlos unter die französische Verwaltung
komme. Das alles erhalte man vor dem 1. Mai
1921. Die zu zahlenden Renten seien auf 60 Milliar-
den zu veranschlagen, 2 Milliarden seien für die Kriegs-
wunden, und der Wiedergutmachende Schaden be-
trüge 134 Milliarden. Die Gesamtsumme, die
zu Lasten Deutschlands gehe und die zugunsten
Frankreichs aufgerechnet werde, belaufe sich auf
375 Milliarden, die, wenn sie in 36 Jahren be-
zahlt würden, sich mit Zinsen auf 463 Milliarden be-
läufen. Der Finanzminister sagte alsdann, die Summe
der wieder nach Frankreich verbrachten Wertpapiere
belaufe sich auf 8 Milliarden Franc. Nun erhebe
sich die Frage, könne Deutschland bezahlen? Das
hänge von seiner Produktionsmöglichkeit ab. Deutsch-
land könne bezahlen, wieviel und nach welcher Mo-
dalität, das müsse die Wiedergutmachungskommission
bis zur Festsetzung der definitiven Schuld am 1. Mai
1921 feststellen. Genügend Sicherheit für die
Überwachung Deutschlands sei vorhanden.

Nachgeben gegenüber dem Ultimatum.

Das neue Ultimatum der Entente an Deutschland,
in dem die vollständige Streichung des Absatzes 2
des Artikels 61a der Reichsverfassung verlangt wer-
den soll, ist in Berlin noch nicht eingetroffen. An
zuständiger Stelle ist man über die offizielle Stel-
lungnahme der Entente zur deutschen Note offiziell
noch nicht unterrichtet, hält aber die Meldungen der
Pariser Blätter für richtig. Da sich die deutsche
Regierung bereits in ihrer jüngsten Antwortnote mit
dem Verbot des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs abge-
funden hat, wird auch das neue Ultimatum der En-
tente wahrscheinlich keine Ablehnung finden.

Harte Prüfung.

Kriminal-Roman von Max Hoffmann.

32) Wieder begann das Buchstabieren nach dem Klopfen und
die Antwort lautete diesmal: „Ich bereue.“
„Was soll bereuen werden?“ fragte Fritz.
„Über nun schweig das Klopfen. Es war nichts weiter her-
auszukommen. Der Geist hatte offenbar keine Lust mehr.“
Die Kette wurde geöffnet, das Licht wieder entzündet,
und leise Gespräche über das Geirte wurden gewechselt.

„Die Sache ist unglaublich lächerlich“, sagte Fritz misstrau-
ig zu Felicia. „Wollen wir nicht gehen?“
„Gedulden Sie sich noch ein Weilchen!“ fiel Mallmitz ein,
der seine Worte gehört hatte. „Es kommt ja jetzt der Haupt-
trieb.“

Weide sagte kein Wort und sah ganz still da, aber seine
Augen schweiften rote die eines Luchses umher.

Im Hintergrunde befand sich ein dicker, schwarzer Vor-
hang, hinter den sich jetzt der blasse Herr mit den unheimlich
flackernden Augen begab. Alle Lichter wurden gelöscht, und die
Gesellschaft war ganz im Dunkeln. Nur gedämpft, wie die Leise
an den Strand schlagende Meeresbrandung, vernahm man
aus der Ferne das auch zur Nachtzeit nie völlig schlum-
mernde Rauschen und Rauschen der Weltstadt.

Plötzlich drangen sonderbare Laute hinter dem Vorhang
vor. Es war ein altes, längst vergessenes Gedicht eines schwär-
merischen Poeten, der den Sphärenklang der Gestirne und die
Herrlichkeit des Weltraumes in schwülstigen Worten be-
sang. Aber die Stimme, die das sagte, schien die eines Kindes
zu sein.

Gleich darauf erschien zur Seite des Vorhanges eine leuch-
tende Hand und dann in langem, weißem Gewand, das auch
an verschiedenen Stellen leuchtete, ein hübscher Knabe. Er be-
wegte sich fast schwebend um die Gesellschaft herum und reichte
diesem und jenem die Hand. Um Fritz, Felicia und Weide
machte er einen ziemlich großen Bogen.

Da sprang Weide ganz unerwartet so hastig auf, daß sein
Stuhl umfiel. Er ergriff die Hand des Knaben und hielt sie fest.
Gleichzeitig bligte seine elektrische Taschenlampe dem Festge-
haltenen gerade ins Gesicht.

„Das laute „an!“ einer Männerstimme wurde gehört, und
ein ungeheurer Lärm folgte, als Fritz rasch einige Gas-
flammen anzündete.

Weide hielt sein Opfer immer noch fest, und ein allgemei-
nes „Ah!“ erliefte, als man das Medium selbst in einem
hemdartigen Ueberwurf stehen sah. Der vorher so blasse Herr
hatte sich rosig geschnitten, und an dem weißen Gewand schim-
merte es hier und da wie kleine blaue Punkte.

„Gaha!“ lachte Weide, „das sind Tupfen von Phosphor.“
Sie verstreuen Ihr Handwerk, mein Herr!“ Gleichzeitig ließ
er ihn los.

„Was fällt Ihnen denn ein?“ zischte das Medium mü-
tend. „Sie haben die Materialisation gestört. Haben Sie nicht
gesehen, wie der Geist des kleinen Karl, jenes berühmten Gei-
stes, der hier schon öfter erschienen ist, schnell wieder hinter
den Vorhang zurückschwebte? Was wollen Sie von mir?“
„Was für ein Unfug!“ lachte Fritz, erregte aber nur den
Unwillen der gläubigen Gemeinde.

Mehrere behaupteten eifrig, ganz genau gesehen zu haben,
wie der eigentliche Knabe zurückgekehrt wäre, und die übrigen
Anwesenden schlossen sich ihnen bald an.

Der blass Herr, der sehr rasch hinter den Vorhang ge-
schlüpft war und jetzt in seiner gewöhnlichen Gestalt und Klei-
dung wieder erschien, bestärkte die Gläubigen in ihrer Ansicht,
und bald war man sich darüber einig, daß der Herr Weide sehr
taktlos gehandelt hätte und die Sitzung, gerade als sie am
interessantesten zu werden versprach, unnötig unterbrochen
habe.

Fritz fühlte sich angewidert. „Ich halt's nicht mehr aus!“
erklärte er seiner Felicia und zog sie nach dem Korridor, um
die Sachen zu nehmen.

Weide schloß sich ihnen an. Man ließ sie alle drei gern ge-
hen und gab nicht undeutlich zu verstehen, daß man solche
ungebildeten Leute in diesem geweihten Kreise nicht dulden
wolle.

Als sie die Treppe hinuntertraten, kam ihnen Mallmitz
nachgeheilt. Er wollte sich vor ihnen anschütten.

„Die Sache ist doch ernst, als Sie sie hinstellen,“ sagte
Fritz verdrießlich. „Was für Unheil können diese Leute anstif-
ten!“

„Glauben Sie das nicht,“ versicherte Mallmitz. „Die mei-
sten fühlen sich dabei sehr alldidlich, und worin besteht schließ-

Politische Rundschau.

— Eine Versammlung von 15000 Wählern in Men-
stadt nahm eine Entschließung an, worin sie ihr uneingeschränk-
tes Festhalten am Deutschen Reich und an Bayern erklärte.

— Zur Zurückziehung der deutschen Streit-
kräfte aus dem Baltikum wird gemeldet, daß das
freiwillige Reservekorps vollständig südlich der Memel zu-
rückgezogen ist. Das Generalkommando des 6. Reserve-
korps wurde von Mitau nach Jangskil verlegt.

— Nach Mitteilung der Admiralität in Berlin sind die
kleinen Kreuzer „Emden“, „Frankfurt“ und „Münsterberg“
in Scapa Flow geborgen; sie werden also später einen
Bestandteil der Flotte einer feindlichen Großmacht bilden.

— Die Reichsregierung und die Beamten. Eine
halbamtsliche Auslassung wendet sich gegen den Be-
schluß des Beamtenausschusses der „Deutschen Nationalen
Volkspartei“, in dem die vorgeschriebene Berechti-
gungsformel als „widerständig und sprachwidrig“ be-
zeichnet wird. Der Sinn der Eidesformel sei klar
für jeder der sie verstehen will und ihr nicht in-
nerlich widerstrebt. Demen, die es mit ihrer Ueber-
zeugung nicht glauben vereinigen zu können, sich der
Republik zu treuem Dienst zu verpflichten, habe die
Reichsregierung durch das „Gesetz über die Pension-
ierung von Reichsbeamten“ infolge Umgestaltung des
Staatswesens einen ehrenvollen Ausweg geöffnet. Be-
amte, die sich weigern sollten, den Eid in der vor-
geschriebenen Form zu leisten, würden dadurch selbst-
verständlich ihr Verbleiben im Dienste der Deutschen
Republik unmöglich machen.

— Clemenceau fordert restlose Annahme des Ul-
timatum. Der Oberste Rat der Alliierten hat noch
keine Entscheidung über die Antwort der deutschen
Regierung wegen der Abänderung der Verfassung ge-
troffen. Pariser Blättermeldungen zufolge hat Cle-
menceau die restlose Annahme des Ententeultimatum
in der Anschlußfrage Deutsch-Oesterreichs gefor-

— Einigung auf der oberösterreichischen „Leistungse-
renz“. Bei den Rattowitzer Einigungsverhandlungen
zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber des Ober-
österreichischen Zentralindustriereviere ist eine Entschlie-
ßung angenommen worden, in der erklärt wird, daß
der Arbeitswille und die Arbeitsleistungen unbedingt
gehoben und die den gesetzlichen Bestimmungen entspre-
chende Ordnung im Betriebe der Gruben und Hütten
sicherzustellen hergestellt werden muß, wenn nicht das Wir-
tschaftsleben völlig zerstört und damit auch die Exi-
stenzmöglichkeit der Arbeitnehmer schließlich vernich-
tet werden soll. Da der Pflicht zur Arbeit das Recht
auf Arbeit gegenübersteht, verpflichten sich die Arbeit-
geber, diejenigen männlichen Arbeiter, die seit dem
15. Juli 1919 entlassen worden sind, und seitdem

lich der Not des Lebens? In den Illusionen, die man sich
macht.“

„Es gibt aber verwerfliche und gefährliche Illusionen.“

„Na, mir soll's recht sein“, erwiderte der Assessor leichtsin-

„Wollen die Herrschaften schon nach Hause?“

„Nein, wir wollen noch etwas genießen“, sagte Fritz. „Und
das tun wir am bequemsten hier in einem kleinen Weinlokal.“

„Werden Sie denn durch diese Gesellschaft dort nicht ge-
stört, Fräulein?“ fragte Weide.

„Nein, mein Zimmer befindet sich im zweiten Stock.“

„Aber noch in den nächsten Tagen ziehst Du dort fort!“

forderte Fritz.

Sie war damit einverstanden. Der Assessor bekam bei die-
sem Entschluß einen gelinden Schreck.

„Ach, gnädiges Fräulein, Sie wollen uns verlassen?“

fragte er ängstlich.

„Nein, uns?“ gab sie kühl zurück.

„Nun, ich meine mich und meine Tante. Ich hatte doch
dort öfter Gelegenheit, Sie zu sehen, wenn Sie aber anders-
wohin ziehen —“

„Werden Sie mich freilich nicht so oft sehen,“ unterbrach
sie ihn schroff.

„Das wird entsetzlich für mich sein!“

„So? Sehen Sie sich so gern?“

„Lieber als alles auf der Welt!“ rief er entzückt.

„Wir sind vor dem Lokal angelangt,“ sagte Fritz sehr
spitz. „Sie gehen wohl wieder zu der Gesellschaft zurück, Herr
Assessor?“

Mallmitz merkte, daß er ihn los sein wollte, aber er mochte
ihm den Gefallen nicht tun und versetzte: „O nein, ich interes-
siere mich durchaus nicht für jenen Kreis. Ich bleibe lieber
noch in Ihrer wertvollen Gesellschaft, wenn's Ihnen nicht un-
angenehm ist.“

Niemand erwiderte etwas darauf, und Mallmitz war also
eigentlich abgewiesen; aber er tat, als ob er es nicht merkte,
setzte sich zu Felicia und den beiden Herren an den Tisch und
war sogar so dreist, sein erstes Glas Wein „auf das Wohl der
schönen Vertreterin des Landes der Zukunft“ an leeren.

(Fortsetzung folgt.)

Keine andere Beschäftigung in ihrem Hauptberufe gefunden haben, baldigst wieder einzustellen, so fern sie nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen die sofortige Entlassung bewirkt haben. Von der Belegung der gemäßigten Angestellten, soweit über diese nicht bereits endgültig entschieden wurde, frühere Grenzschutzangehörige sowie alle von Arbeitern gemäßigten und terrorisierten Mitglieder der Belegschaften sollen die Arbeit sofort auf ihren alten Stellen wieder aufnehmen. Denjenigen, die sie an der Arbeit verhindern, ist von der Verwaltung zu künden.

Die Entente-Mission in Oberschlesien.

General Dupont, der Führer der interalliierten Militärmission, ist von Krakau nach Katowitz zurückgekehrt. Er hatte dann eine Besprechung mit einem Generalstabschef des 6. Armee-Korps, von dem er sich Aufklärung über die notwendige Stärke der interalliierten Truppen bei der Besetzung Oberschlesiens geben ließ. Wie verlautet, wird General Dupont demnächst Oberschlesien verlassen. 3 Generale der Kommission begaben sich in Begleitung des japanischen Hauptmanns Itchiko nach Berlin.

Der Rat in der ober-schlesischen Frage. Der päpstliche Nuntius Ratti in Warschau hat eine aus Oberschlesien zusammengegangene Abordnung empfangen, die für das ober-schlesische Volk Gewährleistung der Gewissensfreiheit während der Volksabstimmung verlangt. Wie aus Kreisen der Abordnung erklärt wurde, hat der Nuntius ihr einen freundlichen Empfang bereitet und die Versicherung gegeben, daß er alle seine Einflüsse zur Unterstützung der ihm vorgelegten Anträge geltend machen werde. Außerdem setzte er die Abordnung davon in Kenntnis, daß er auf die Bitte der Warschauer Regierung beim Apostolischen Stuhl in Sachen des ober-schlesischen Volkes schon vorher interveniert habe. Der Apostolische Stuhl sei infolgedessen bei der Entente vorstellig geworden, den beiden des polnischen Volkes in Oberschlesien ein Ende zu bereiten. — Wie wir hören, trägt sich die preussische Regierung mit der Absicht, demnächst einen Gesandten nach Warschau zu entsenden, um die polnische Regierung über Oberschlesiens Autonomie herauszugeben.

Die bevorstehende Abstimmung in Ostpreußen gab dem Oberpräsidenten Winnig Veranlassung, die Bevölkerung des Abstimmungsgebietes in einer zahlreich besuchten Volksversammlung in Allenstein zum einstimmigen Zusammenstehen in der drohenden Gefahr zu ermahnen. Von den Rednern, die nacheinander zu Worte kamen, wurde die vorläufige Zurückstellung des parteipolitischen Kampfes zugesagt und auf die große Möglichkeit einer polnischen Invasion nach ober-schlesisch-polnischem Muster hingewiesen. Schließlich wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die von der Regierung tatkräftigen Schutz gegen polnische Antriebe, energisches Einsetzen für einen gerechten, unbeeinträchtigten Modus der Abstimmung, und Ablehnung polnischer Verwaltung und polnischer Truppenbesetzung während der Abstimmungszeit verlangt. In seinem Schlusswort versprach der Oberpräsident alles, was zum Schutze des Abstimmungsgebietes nötig sei, bei der Regierung durchzusetzen und in jeder Weise dafür einzutreten, daß Ostpreußen sich nicht mehr als Stiefkind des Reiches zu fühlen brauche.

Beteiligung deutscher Arbeiter am Wiederaufbau. In der Frage der Beteiligung deutscher Arbeiter beim Wiederaufbau Frankreichs, über die mit der französischen Regierung in den wesentlichen Punkten Einverständnis besteht, haben am 6. September direkte Besprechungen zwischen einem Vertreter der deutschen Gewerkschaften und den Vertretern des französischen Allgemeinen Arbeiter-Verbandes und des französischen Bauarbeiterverbandes begonnen. Voraussichtlich wird in dieser Woche die erste informativische Besichtigung des zerstörten Gebietes stattfinden können.

Amerikaner besetzen den Koblenzer Brückentopf. Die in Koblenz erscheinende amerikanische Zeitung „Amatoc“ meldet, daß die amerikanische Behörde beschlossen habe, daß der Koblenzer Brückentopf, sowie das Gebiet auf dem linken Rheinufer bis zum Bezirk Trier unter amerikanischer Militär- und Zivilkontrolle bleibt. Der größte Teil dieses Gebietes außer Koblenz und einem kleinen Teil des Brückentopfes stand seit dem 1. August unter französischer Kontrolle. Jetzt verlassen die Franzosen dieses Gebiet, und die Amerikaner werden diesen Teil besetzen.

Die Sicherung lebenswichtiger Betriebe. Die Aufstellung technischer Hilfskräfte, denen die Aufgabe zufällt, bei Streiks den Betrieb aller lebenswichtigen Betriebe aufrechtzuerhalten, beschäftigt zurzeit die maßgebenden Behörden. Es handelt sich um die Schaffung einer Organisation, die in Fällen von Streiks vornehmlich die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke und die Lebensmittelverteilung in Gang erhalten soll. Die Organisation soll über das ganze Reich ausgedehnt werden.

Die Reichskonferenz der Unabhängigen. Am Montag begann die Reichskonferenz der Unabhängigen, zu der zahlreiche Delegierte aus allen Teilen Deutschlands nach Berlin gekommen sind. Die Verhandlungen finden jedoch hinter verschlossenen Türen statt. Die Abhaltung ist so streng, daß nicht einmal Arbeiter oder Funktionäre Zutritt haben. Die Presse ist selbstverständlich ausgeschlossen. Der Anlaß hierzu ist in der Tatsache zu suchen, daß das „reinigende Gewitter“ innerhalb der U. S. P. sich entladen dürfte. Die Konferenz wird sich vorwiegend mit den nächsten Aufgaben der Partei beschäftigen. Hierzu schreibt der auf dem linken Flügel der U. S. P. stehende Kurt Geyer in der „Leipziger Volkszeitung“: „Deutschland befindet sich in einer vorrevolutionären Situation. Die treibenden Kräfte der kommenden Revolution werden in den Wintermonaten voll zur Wirkung kommen. Unsere Partei muß deshalb durch volle, grundsätzliche Klärung kampfbereit gemacht werden. Um so mehr, als wir die neue Revolution nicht nur kommen lassen. Wir wollen sie auch.“

Rundschau im Auslande.

Der holländische Gesandte in Brüssel hat im Auftrage seiner Regierung gegen die polnische Provokation

Belgiens, die den Zwea hatte, die unneigten Limburgs durch Belgien vorzubereiten, protestiert.

Die britische Admiralität gibt bekannt, daß der britische Torpedojäger „Berulam“ in der Ostsee gesunken ist. Die gesamte Besatzung verlor dabei das Leben.

Der Handelsverkehr zwischen London und Hamburg wird in dieser Woche aufgenommen. Der Dampfer „Weimar“ mit Lebensmitteln, Wolle, Gute und Del fährt am Mittwoch aus London ab.

Die jugoslawische Regierung hat beschloffen, das Kommen mit Österreich zu unterzeichnen.

Belgische Nebergänge.

Die belgischen Besatzungstruppen haben ihre Brückenwachen in den letzten Wochen unbeschränkterweise bis vollständig auf rechte Rheinufer vorgezogen und die gesamte Rheinbrücke besetzt. Neuerdings trafen sie die Bestimmung, daß die deutschen Posten 200 Meter von den belgischen entfernt stehen müssen, so daß ein Teil des rechten Ufers ungeschützt ist. Die deutsche Behörde wird hiergegen, wie anzunehmen ist, Verwahrung einlegen und verlangen, daß die Belgier das rechte Rheinufer wieder verlassen.

Polen: Polnisch-litauischer Konflikt.

Die polnischen Truppen befinden sich im Kampf mit den Litauern längs des nördlichen Abschnittes der Eisenbahnlinie Wilna-Dinaburg. Den Grund des Kampfes bildet das Mißtrauen Polens gegen die Litauer. Doch hatte vor einigen Wochen den Litauern gestattet, die Eisenbahnlinie bis 25 Meilen südlich Dinaburg zu besetzen; seitdem rücken die Polen gegen die Verejina vor, um die Dina zum Schutz gegen den litauischen Zugriff benutzen zu können. Sie stehen beinahe vor Dinaburg.

Ungarn: Der Niesenprozeß gegen die Volksgefeiten.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet aus Budapest: Die ganze Untersuchung gegen die kommunisten nähert sich ihrem Abschluß. Das reichliche Material ist fast gänzlich gesichtet, so daß die erste öffentliche Hauptverhandlung vielleicht schon Ende September stattfinden wird. Es besteht die Absicht, alle der Vorbereitung oder Unterstützung der Rotregierung beschuldigten Personen in einem Monsterverprozeß zur Aburteilung zu bringen. Die Zahl der Beschuldigten ist überaus groß. In Budapest befinden sich über dreieinhalbtausend Personen in Haft, die Zahl der Verhafteten in der Provinz erreicht fast 15.000. Auch gegen diese soll der Prozeß in Budapest geführt werden. Die Entente hat in einer Note an die ungarische Regierung verboten, daß augenblicklich die ungarischen Gerichte Todesurteile fällen. Das Verbot wird damit begründet, daß jetzt niemand regiere, der in der Lage sei, Begnadigungsgesetze zu unterzeichnen, daß aber das Begnadigungsrecht unbedingt ein wesentlicher Bestandteil jeder Gerichtsbarkeit sei. Friedrich hat darauf in einer an die Note gerichteten Antwortnote erwidert, die Fällung von Todesurteilen doch zu gestatten, da er sonst für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung keine Garantie übernehmen könne.

Rumänien: Unterzeichnung nur unter Vorbehalt.

In seiner Montagsrede unter Vorsitz Clemenceaus nahm der Oberste Rat eine Note der rumänischen Delegation zur Kenntnis, wonach die rumänische Regierung nur unter Vorbehalt bereit sei, den österreichischen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Der Vorbehalt bezieht sich auf Artikel 60 (Schutz der Minoritäten) und auf gewisse wirtschaftliche Bedingungen. Der Oberste Rat ist nicht geneigt, auf den rumänischen Vorschlag einzugehen, sondern wird darauf bestehen, daß Rumänien ohne Vorbehalt oder gar nicht unterzeichnet. Die Stellungnahme der Tschecho-Slowaken sei noch unbestimmt, jedoch sei es möglich, daß sie den Vertrag bedingungslos unterzeichnen, da der Vertrag keine Bestimmungen über das Schicksal von Tscheken enthält.

Sonderfrieden zwischen Ungarn und Rumänien?

Wie die Wiener „Mittagspost“ meldet, verlautet in rumänischen Kreisen, daß in Budapest eine ungarische Abordnung eingetroffen ist, welche die Frage eines Sonderfriedens zwischen Rumänien und Ungarn erörtern soll. Angeblich sei in diesen Beziehungen auch die Frage einer Personalunion zwischen Ungarn und Rumänien zur Sprache gekommen.

Holland lehnt alle belgischen Territorialforderungen ab.

Nach „Chicago Tribune“ soll die holländische Regierung sich weigern, territoriale Forderungen anzuerkennen, die sie jedoch bereit, Belgien auf wirtschaftlichem Gebiete entgegenzukommen. Holland wolle Belgien erlauben, auf der Schelde zwischen Antwerpen und dem Meer zu baggagen. Leuchtfeuer zu unterhalten. Ferner sei man bereit, dem Bau eines Scheldes-Maas-Rheinkanals zuzustimmen sowie freier Schiffsahrt auf dem Kanal Gent-Terneuzen. Andererseits wolle Holland, wenn Belgien eine Kriegsmarine besitze, seinen Schiffen das Recht zugesprechen, die Schelde hinauf bis Antwerpen zu fahren, das dadurch Flottenstützpunkt werde.

Rußland: Massenhinrichtungen früherer Minister.

„Berlingste Tidende“ meldet aus Helsingfors, daß nach den Mitteilungen russischer Blätter im August die letzten Männer des alten Regimes in Rußland massenhaft hingerichtet worden sind. Vierundzwanzig Gefangene, darunter sich die früheren Minister Schtjagelwitow, Kowstow, Malafow, Protopopow und Beletsky befanden, wurden von Kronstadt nach der Moskauer Kreml gebracht und standrechtlich erschossen, mit Ausnahme Beletsky, der vor der Exekution ohnmächtig wurde. Einige Tage darauf starb Beletsky an Erstickungsgefahr. Eine andere Gruppe von Staatsräubern aus der Jarenzeit wurde in Kronstadt erschossen, die Leichen wurden ins Meer geworfen. In einer Nacht wurden von 2600 Personen, die zum Tode verurteilt worden waren, alle bis auf 41 hingerichtet. Der frühere Ministerpräsident Trepow kam mit dem Leben davon, weil die Matrosen ihn mit seinem Bruder verwechselten hatten, der an seiner Stelle erschossen wurde.

Vermischte Nachrichten.

Die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen. In der ersten Septemberwoche kamen auf dem Bahnhof Deutz sieben englische Sonderzüge mit rund 7000 und zwei französische Lazarettzüge mit rund 1000 deutschen Kriegsgefangenen an, ferner aus England mit Dampfer über Rotterdam 4000, über Koblenz-Mainz je 1000 Mann aus französischer Gefangenschaft, zusammen also 14.000 Gefangene. — Aus Paris wird berichtet, daß acht deutsche Schiffe nach Sibirien gehen werden, um russische Kriegsgefangene dorthin zu bringen. Auf dem Rückwege werden die Schiffe deutsche Kriegsgefangene aus Sibirien nach Deutschland zu bringen.

fangene aus sibirischen Häfen mitnehmen. Die Ankunft der Schiffe in Deutschland ist 1. Februar nächsten Jahres zu erwarten. — In diesen Tagen werden die letzten Mannschaften der Heeresgruppe Maden sen, die bei dem allgemeinen Rücktransport im Januar und Februar zurückgeblieben waren, soweit sie transportfähig sind, heimkehren. Nunmehr ist auch die Rückkehr Maden sen zu erwarten, der seinen Entschluß, Ungarn erst nach dem letzten der ihn anvertrauten Soldaten zu verlassen, durchgeführt hat.

Unter der Franzosenherrschaft. Im Mainzer Gefängnis sitzt der Finanzassessor Eduard Blankenhorn aus Worms, folge einer Denunziation seit acht Wochen, weil er „eine Kaffeehausdame, die sehr viel mit französischen Offizieren und Mannschaften verkehrt, gefagt haben soll.“ Sie kommen auch noch auf die schwarze Liste! Die Franzosen haben das ausgelegt als Beleidigung von „Angehörigen der Armee“ und als Drohung. Obwohl ihm nichts nachgewiesen ist und nichts nachgewiesen werden kann, bleibt er schlecht verpflegt nun schon über acht Wochen im Gefängnis. Niemand darf ihn besuchen und es kommt noch immer zu keiner Gerichtsverhandlung. Im übrigen sitzen wegen ähnlicher Delikte nicht weniger als 65 angesehenen Bürger im Mainzer Gefängnis und warten von Tag zu Tag vergebens auf ihre Aburteilung.

Massenbestrafungen im besetzten Gebiet. In den drei letzten Wochen sind vom französischen Kriegsgericht in Kehl mehr als 120 Personen zu Gefängnisstrafen verurteilt worden in der Höhe von einigen Monaten bis zu zwei Jahren. Vielfach war Schmuggel nach dem unbesetzten Gebiet der Grund der Verurteilung, häufig aber nur ganz geringe Vergehen. Das Kehler Gefängnis war noch nie seit der Besetzung so überfüllt wie augenblicklich. Allgemein herrscht unter der Bevölkerung des Kehler Brückengebietes Erbitterung darüber, daß die Franzosen ihr Regiment täglich strenger führen.

Darmstadt, 10. Sept. Ein salomonisches Urteil fällt dieser Tage der Oberamtsrichter Specht in einer Schöffengerichtssitzung in Darmstadt. Zur Verhandlung kam ein Fall von „Hamstern“. Ein Landwirth hatte hier und da Lebensmittel, wie Eier, Butter, Wurst, Getreide in geringem Umfang an sächsische „Hamster“ abgegeben. Das Mädchen und ein Hamster waren angeklagt, gegen „wirtschaftliche Verordnungen“ verstoßen zu haben. Beide Angeklagte wurden freigesprochen. In der Urteilsbegründung heißt es: „Alle Menschen hamstern heute, müssen hamstern, um ihr Leben zu erhalten. Beamte der Staatsanwaltschaft, der Gerichte, der Kreis- und Landräthe hamstern gerade so wie der Angeklagte.“

Das Verschwinden des Silbergeldes. In Berlin und anderen Städten wird seit ungefähr einer Woche von Agenten und Händlern versucht, das noch im Verkehr befindliche Silbergeld mit 100 Prozent Aufschlag aufzukaufen. Aufsteigend handelt es sich hierbei in der Hauptsache um polnische Verkäufer, die das Geld einschmelzen und über die Grenze schaffen lassen. Für 1/2 Mark Silber werden 1 Mark, für 1/3 Mark Silber 2 Mark bezahlt. Auf diese Weise wird der deutsche Geldmarkt dauernd geschwächt, ohne daß die Regierung bisher in der Lage gewesen ist, gegen diese Mächtigkeiten einzuschreiten. Bekanntlich besteht für Silbergeld sowohl ein Ausfuhr- als auch ein Einschmelzverbot. Da aber Silbergeld schon seit langem auch im Inland mit Aufgeld gehandelt wird, ist es natürlich schwer, festzustellen, ob die Verkäufer die Absicht verfolgen, es auszuführen oder einzuschmelzen. Jedenfalls ist zu wünschen, daß die Behörden schärfste Maßregeln gegen den Geldhandel ergreifen und den ohne Scheu zu Werke gehenden Silberhändlern besser auf die Finger sehen.

Wieder eine Bataillonstasse erbeutet. Bei dem Jägerregiment 33 in Gumbinnen erschien am Sonntagabend ein Unterzahlmeister mit zwei Soldaten, um die Kasse eines Bataillons, die auf der Wache aufbewahrt worden war, abzuholen. Sie wurde ihm auch ausgereicht. Zu spät erfuhr man, daß man einem Schwindler in die Hände gefallen war. Die Kasse enthielt für 295.000 Mark bares Geld und Wertpapiere, 50.000 Mark deutsches Geld, 36.000 Mark Kriegsanleihe, 160.000 Mark polnisches Geld, 48.000 Mark Stempelmarken und 13.000 Mark in Sparmarken.

Die Furcht vor der deutschen Konkurrenz.

Der Handelskorrespondent der „Daily Mail“ gibt seinem Blatte eine interessante Darstellung über die Aussichten des britischen Außenhandels und besonders über die Gefahren, die dem britischen Handel angeblich von Deutschland drohen. Danach wird in englischen Handelskreisen die amerikanische Konkurrenz weniger befürchtet, weil die amerikanischen Waren infolge des hohen Dollarkurses verhältnismäßig teuer sind. Um so mehr wird bei Wiedereinführung des freien Handels die deutsche Konkurrenz gefürchtet und zahlreiche Industriezweige fordern den Schutz des britischen Handels. Dies gilt besonders von den Fabrikanten von Strumpfhosen, Handschuhen, Zugs-, Lederartikeln und Stednadeln, die bereits bei dem Minister Geddes Vorstellungen betreffs der Gefahren einer Wiedereinführung des freien Handels erhoben haben. Ansehend sind die Vorstellungen der interessierten Kreise auch nicht ganz ohne Einfluß auf das Handelsamt geblieben, denn, wie der Korrespondent der „Daily Mail“ weiter berichtet, sind die Zollbehörden beauftragt worden, die Einfuhr streng zu überwachen und eingehende fortlaufende Berichte zu erstatten über die Preise der eingeführten Waren am Verkaufsort und über die geforderten Verkaufspreise. Die Preise, die von den deutschen Firmen in den bereits eingelaufenen Angeboten gefordert werden, bezeichnet der Korrespondent niedriger als die entsprechenden englischen Preise; doch wird die Forderung nach Verzichtung als sehr schädlich für den deutschen Handel bezeichnet.

Paris gegen Leipzig.

Die schweizerischen Blätter melden aus Paris. In den Ufern der Seine in Paris wird eine Ausstellungshallen errichtet werden, in der die Produzenten und Käufer der ganzen Welt zusammengeführt werden sollen. Diese Ausstellungshallen soll in Wettbewerb treten mit der Leipziger Messe. Das Gebäude wird über 100 Millionen Franken kosten.

Gestern wurde die deutsche Oberste Gerichtsstelle in Leipzig. Es soll eine Streik zwischen den Kaufleuten finden statt. Aus New York wird berichtet, daß die amerikanische Regierung die Einreise von Ausländern aus Deutschland zu verhindern beabsichtigt.

Der amerikanische Präsident Wilson hat eine Erklärung abgegeben, in der er die amerikanische Politik gegenüber Deutschland darlegt. Er betont die Notwendigkeit der Wahrung der amerikanischen Interessen und die Bereitschaft, die amerikanische Politik auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Freiheit zu betreiben.

Die amerikanische Regierung hat eine Erklärung abgegeben, in der sie die amerikanische Politik gegenüber Deutschland darlegt. Sie betont die Notwendigkeit der Wahrung der amerikanischen Interessen und die Bereitschaft, die amerikanische Politik auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Freiheit zu betreiben.

Die amerikanische Regierung hat eine Erklärung abgegeben, in der sie die amerikanische Politik gegenüber Deutschland darlegt. Sie betont die Notwendigkeit der Wahrung der amerikanischen Interessen und die Bereitschaft, die amerikanische Politik auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Freiheit zu betreiben.

Die amerikanische Regierung hat eine Erklärung abgegeben, in der sie die amerikanische Politik gegenüber Deutschland darlegt. Sie betont die Notwendigkeit der Wahrung der amerikanischen Interessen und die Bereitschaft, die amerikanische Politik auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Freiheit zu betreiben.

Die amerikanische Regierung hat eine Erklärung abgegeben, in der sie die amerikanische Politik gegenüber Deutschland darlegt. Sie betont die Notwendigkeit der Wahrung der amerikanischen Interessen und die Bereitschaft, die amerikanische Politik auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Freiheit zu betreiben.

Die amerikanische Regierung hat eine Erklärung abgegeben, in der sie die amerikanische Politik gegenüber Deutschland darlegt. Sie betont die Notwendigkeit der Wahrung der amerikanischen Interessen und die Bereitschaft, die amerikanische Politik auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Freiheit zu betreiben.

Die amerikanische Regierung hat eine Erklärung abgegeben, in der sie die amerikanische Politik gegenüber Deutschland darlegt. Sie betont die Notwendigkeit der Wahrung der amerikanischen Interessen und die Bereitschaft, die amerikanische Politik auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Freiheit zu betreiben.

Die amerikanische Regierung hat eine Erklärung abgegeben, in der sie die amerikanische Politik gegenüber Deutschland darlegt. Sie betont die Notwendigkeit der Wahrung der amerikanischen Interessen und die Bereitschaft, die amerikanische Politik auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Freiheit zu betreiben.

Die amerikanische Regierung hat eine Erklärung abgegeben, in der sie die amerikanische Politik gegenüber Deutschland darlegt. Sie betont die Notwendigkeit der Wahrung der amerikanischen Interessen und die Bereitschaft, die amerikanische Politik auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Freiheit zu betreiben.

Kreis-Sparkasse Laasphe.

Zweigstelle Erndtebrück.

Hauptstrasse No. 42.

Annahme von Spareinlagen bei täglicher Verzinsung.
Gewährung v. Darlehen unter günstigen Bedingungen.
Eröffnung von Scheckkonten und Kreditgewährung
in laufender Rechnung.

Einlösung von Schecks und Ausführung von
Ueberweisungen.

Verwahrung und Verwaltung von Wert-
papieren,

Uebnahme der Auslosungskontrolle.

Vermietung von Schliessfächern bei der
Hauptstelle.

Verwahrung von Wertgegenständen
in der Silberkammer.

Ausgabe von Heimsparbüchern.

Die Geschäftsstunden sind in der Regel Werktags von 8—12 Uhr
vormittags und 1—6 Uhr nachmittags.

Bestimmte Geschäftsstunden, insbesondere für Auswärtige,
sind Montags und Donnerstags von 8—12 Uhr vormittags.

Kote + Lotterie.

Hauptgewinn 100000 Mk.
Ziehung 24.—27. September 1919.
Kote à 3,50 Mk.

Laasphe. Hermann Jung.

Einige gebrauchte, sehr gut erhaltene

Zentrifugen

hat preiswert abzugeben

A. Mittelmann, Laasphe.

Reparaturen

an Nähmaschinen, Zen-
trifugen u. landwirtsch.
Maschinen werden prompt
ausgeführt.
Rudolf Kuchler, mechanische Werkstat.,
Siegen i. W., Kornmarkt 4.
Telefon 1152.

Für Wiederverkäufer

gebe laufend in jeder Menge ab
amerikanische, englische, ägyptische, türkische
und holländische

Zigaretten

mit F-Banderole zu den billigsten Tagespreisen. Nur aus-
gesuchte, feine Ware.

Ferner für Qualitätsraucher
St. Felix, Brasil u. Savanna-Importen, [sowie]
holländische

Zigarren

in allerbesten Ware.

Heinrich Säger,

Zigarren-Spezialgeschäft,
Gegründet 1909. Weidenau-Sieg. Fernruf 1259.

TAPETEN



Moderne,
preiswerte u. gute
Auswahl



K. KÄMERER

Maler- und Tapezier-Geschäft
Fernspr. 85 LAASPHE Bahnhofstr. 39

Bekanntmachung.

Die in der Gemeinde
Erndtebrück bis zum
31. August d. J. festgesetzten
Wildschaden-Entschädi-
gungen können bei der
Gemeindekasse Erndtebrück in
Empfang genommen werden.
Erndtebrück, 9. 9. 1919.
Der Amtmann. Roehler.

Am Samstag den 13. Sept.
1919, nachm. 6 Uhr
findet auf dem Amtsbüro
eine

Sitzung der Gemeinde-Vertretung von Erndtebrück statt.

Tagesordnung:
1. Antrag des hiesigen ge-
meinnützigen Bauvereins
auf Gewährung eines
Zuschusses zu der Er-
richtung von mehreren
Wohnhäusern.
2. Verschiedenes.
Erndtebrück, 9. 9. 1919.
Der Amtmann. Roehler.

Ab 13. September
Verreist.
Dr. Reipen,
Hals-, Nasen-, Ohren-
Arzt.
Siegen i. W.

Achtung!

Am Sonntag den 14. d. Mts.

veranstaltet der
Kegelklub „Gute Kollegschaft“ Erndtebrück
im Saale des Herrn Gastwirt D. A. Gräve
von nachmittags 4 Uhr ab ein

Tanzkränzchen

wozu hiermit freundlichst eingeladen wird.

Eintritt für Herren 2 Mk.

Damen 1 Mk.

Von der Einnahme sind 25% zum Besten der Kriegs-
beschädigten bestimmt.

Der Vorstand.

Habe mich als Vertreter des Herrn Dr.
Marx, Spezialarzt für Ohren-, Nasen- und
Halskrankheiten, in Siegen niedergelassen.

Dr. med. Mylius,

Facharzt für Ohren-, Nasen-,
Halskrankheiten,

Koblenzer Str. 3 (Hirschapotheke).

Sprechstunden von 10—12 Uhr,

„ „ 2—4 „

Sonntags keine Sprechstunde.

Wilh. Jung, Seisweid i. W.

Fernspr. 1038 Maschinen- u. Metallwarenfabrik Amt
Siegen
empfiehlt als Spezialität in eigener Anfertigung:
Schmirgel-Schleifmaschinen

in sauberer Ausführung und billigen Preisen.
Ferner: Transmissionskeile, Wellen, Ringschmierlager,
Kuppelungen, Stellscheiben, Riemenscheiben usw. Gangbare
Teile stets auf Lager. Uebnahme von Dreh- und Hobel-
arbeiten, Reparaturen an allen Maschinen, Anfertigung
von Holzbearbeitungs-, speziell Langlochbohrmaschinen,
Kreislager. Drehen von Massenartikeln.

Außerst günstige Gelegenheitskäufe in Zigarren, Zigaretten, Rauchtabak.

Zigarren, großes Format, v. M. 580—750 pr. Wille.
Zigaretten v. M. 110—230 pr. Wille.
Engl. u. amer. Zigaretten (F-Banderole)
v. M. 330—370 pr. Wille.

Rauchtabak, garant. rein, Pfd. M. 22.—.

Zigarrenhaus Ph. Körber

Kleiner
Kornmarkt 14. Frankfurt a. M. Kornmarkt 14.

Ausgabe der Brot- und Fettkarten

erfolgt am Freitag den 12. d. Mts. im Schulzimmer
der 6. Klasse und zwar an die Haushaltungen mit den
Anfangsbuchstaben:

A bis F von 2 bis 3 Uhr nachmittags,
G „ H „ 3 „ 4 „ „
I „ J „ 4 „ 5 „ „
K „ L „ 5 „ 6 „ „

Lebensmittelausweisarten sind mitzubringen.
Laasphe, den 11. September 1919.

Der Bürgermeister. Berensmann.

Stellen-Angebote:

20—25 ungel. Erdbarbeiter, 10—12 Holzarbeiter,
10 Bergleute (Schiefergrube), 6 Maurer,
6 Schreinergehilfen, 3 Schuhmachergehilfen,
2 Drechsler, 2 Steinschläger,
1 Stellmachergehilfe, 1 Schweizerlehrling
(1 Jahr Befristung)

1 Bürolehrling 4 Dienstmädchen.

Bezirks-Arbeitsnachweis

des Kreises Wittgenstein,
Berleburg, Jakob Noldestr. 42. Telefon Nr. 2.

Bekanntmachung.

Nach der Feststellung des Kreisierarztes zu Berleburg ist
die Rube unter dem Pferdebestande des Landwirts Heinrich
Wagener, des Landwirts Wilhelm Warburger, des Landwirts
Freih. Bürger, der Mühlenpächterin Witwe Karl Müller, sämtlich
von Erndtebrück, sowie des Landw. Fr. Wiltz. Mengel (Hermes)
Obernberg, des Landwirts Adolf Schmidt, Radershausen, des
Landwirts Ludwig Birkelbach, Kujsenburg, des Landwirts Geint-
Griefing, Schameber und des Landwirts Karl Wunderlich, Feur-
dingenherde erloschen.

Die j. Zt. angeordneten Schutzmaßregeln werden aufgehoben.
Erndtebrück, den 5. September 1919.

Der Amtmann. Roehler.

Lichtspiele Laasphe

Sonntag und Montag

wiederum großartige Schlager, voraussichtlich
ein gewaltiges Detektiv-Schauspiel nebst
pitantem Lustspiel und Einlage.

Erwald Böding.

Gasthof Koch

Weißkohl, Rotkohl,
Wirsing, Möhren,
Winterzwiebeln, Unter-
kohlrabi, Zerkohl, Zerkohl,
Einnachgärten sowie
Zwiebelschoten offeriert zum
billigsten Tagespreis und
nehme hierauf Bestellung
entgegen.
Gärtnerei Aug. Braun,
Laasphe.

Für Bäcker!

Michael Neffgen,
Backofenbaugeschäft
Königswinter a. Rhein
empfiehlt sich im Aufbau von
Königswinter Backöfen.
Jeder Herd aus zwei Steinen.
Alle Reparaturen
werden prompt ausgeführt.

Regenmäntel

(Friedensware) gar. wasser-
dicht, sind stets zu haben bei
Otto Gent, Arfeld (Westf.)

Für Wiederverkäufer!

Habe laufend größere
Posten abzugeben:
1a. gar. rein. Rauchtabak,
gut gebrüht,
Reinen Rauchtabak, große
Rolle, gut gebrüht, M. 1.10,
Strangtabak, Pfd. M. 20,
rein überfeinigen Blätter-
tabak, Pfd. M. 18.—,
sowie Grob-, Mittel- und
Feinschnitt Pfd. M. 19.50.
Größere Posten billiger.
Unter 10 Pfd. gebe nicht ab.
Fein r jedes Quantum

Wein,

Rhein-, Mosel-, Saar-
und Schaumweine,
1a. Cognac, Weinbrand.
Verband in Rufen von 25,
30, 50 und 60 Flaschen.
Alles freibleibend.
Tabak- u. Zigarrengeschäft
Frisch Urien,
Herborn (Dillr.),
Hauptstraße 105.
Telephon 219.

Bekanntmachung.

Falls Bedarf in Saat-
kartoffeln für 1920 vor-
handen ist, wolle dies unter
Angabe der Menge bis 15.
d. Mts. beim Gemeindevor-
steher gemeldet werden.

Die Herren Gemeinde-
Vorsteher wollen die An-
meldungen bis 18. dem Amt
einreichen.

Banfe, 5. Sept. 1919.
Amt Banfe.

Männergesangsverein Laasphe.

Die Gesangskunde fällt
diese Woche aus.
Der Vorstand.



Turnverein Laasphe.

Sonntag den 14. Sept.

Turnmarsch

nach der Vorbach über
Banfe und zurück.
Abmarsch um 1 Uhr beim
Bereinslokal.
Eine zahlreiche Beteiligung
der Mitglieder mit ihren
Damen wird erwartet.
Der Vorstand.



Ziegenzuchtverein Laasphe.

Es wird erneut darauf
hingewiesen, daß bei der be-
ginnenden, Deckperiode nur
Ziegen von Mitgliedern
zugeführt werden dürfen.
Wir empfehlen daher den
Ziegenbesitzern, die noch nicht
Mitglied sind, sich vorher
bei dem Verein anmelden zu
wollen.

Der Vorstand.